

Sonntag, 18. Mai 1919

# Zeitung

1704

## ten Sachen

ierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten  
st durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungsausschlag  
e Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
ein SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11.800,  
11.801, 11.802 bis 11.850, sowie 15.280, 15.281, 15.282 bis 15.291.

## envorschläge.

### Sozialisierung in Oesterreich.

Von

Dr. Gustav Stolper.

Finanzpolitischer Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“.

\* Wien, im Mai.

Vor etwa vier Monaten hat der Staatssekretär des Äußeren, Dr. Bauer, damals noch nicht Mitglied der Nationalversammlung, in einer Flugschrift den „Weg zum Sozialismus“ vorzuzeichnen versucht, die namentlich das bekannte Aktionsprogramm von Karl Rautsky auf das schärfste beeinflusst hat. Die Flugschrift war die Legitimation dafür, daß bei der Neubildung des Kabinetts nach den Wahlen Mitte Februar Otto Bauer mit der Leitung der Sozialisierungsarbeiten betraut wurde. Der Staatssekretär geht nach dem Programm methodisch vor — wie weit sich die Absichten Bauers in die Wirklichkeit umsetzen lassen, bleibt abzuwarten. Die ersten vorbereitenden Schritte sind wohl mehr unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, daß sie nichts werden als daß sie wirklich eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung herbeiführen. Aber daß die Regierung nur einen weit gezogenen Rahmen absteckt und sich Vollmacht erhalten lassen will, diesen Rahmen mit einem ihr beliebigen Inhalt zu füllen, ist nicht geeignet, die Bedenken gegen die deduktive Methode Otto Bauers abzuschwächen. Die Sozialisierungskommission, die die Nationalversammlung eingesetzt hat, besteht in Deutsch-Oesterreich außer dem Vorstande von fünf Abgeordneten (zwei Sozialdemokraten, zwei Christlichsozialen und einem Großdeutschen) aus etwa zwanzig sachverständigen Delegierten verschiedener Interessentenkreise, Regierungsdirektoren und staatswissenschaftlichen Fakultäten; aber diese Kommission hat nicht, wie die aufgelöste reichsdeutsche, Entwürfe auszuarbeiten, sondern lediglich die Vorlagen der Regierung zu begutachten. Die Regierung kann ihre Anregungen zur Kenntnis nehmen oder übergehen, und die moralische Autorität dieser Kommission ist schon dank ihrer wenig glücklichen Zusammensetzung nicht sehr groß. Die Hauptarbeit fällt somit den Mitarbeitern des Staatssekretärs zu. An der Spitze des Büros steht Professor Lederer aus Heidelberg, der ebenfalls auch Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission gewesen ist, und Sektionschef Krahn, der namentlich als Fachmann in Fragen der Elektrizitätswirtschaft gilt.

Die Regierung hat der Nationalversammlung zunächst vier Vorlagen unterbreitet, die die Sozialisierungskommission in wenigen Tagen durchberaten hat, ohne wesentliche Änderungen daran vorzunehmen. Die erste der Regierungsvorlagen betrifft die Errichtung von Betriebsräten. Sie sollen gewissermaßen den sozialen Unterbau für das ganze Sozialisierungswerk bilden. Betriebsräte sollen in allen Betrieben errichtet werden, in denen wenigstens zehn Arbeiter oder Angestellte beschäftigt sind. Schon hier hat der Widerstand der bürgerlich-agrarischen Mehrheit der Nationalversammlung eingesetzt. Im Sozialisierungsausschuß ist mit den Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen die Mindestgrenze der Beschäftigten auf zwanzig hinaufgesetzt worden — auf diese Weise soll das ganze Kleinere von der Institution der Betriebsräte bewahrt bleiben — und die Errichtung von Betriebsräten in der Land- und Forstwirtschaft ausschließlich auf die industriellen Nebenbetriebe beschränkt worden. Wie das Kleingewerbe lehnt die Landwirtschaft eine Änderung ihrer Betriebsverfassung ab. Die Abstimmung im Sozialisierungsausschuß, die gleich am ersten Tage der Beratung der Vorlagen stattfand, hat eine politische Krise hervorgerufen, die zur Stunde noch nicht beigelegt ist. Staatssekretär Dr. Bauer drohte mit der Sprengung der sozialdemokratisch-christlichsozialen Regierungskoalition, und der „Vollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs“ veröffentlichte am Vortage des 1. Mai eine „ernste Warnung“, worin gegen den „Zusatz der Art. 111“ (als welche die bürgerliche Mehrheit in der gesetzgebenden Körperschaft bezeichnet wurde) auf die tatsächlichen Machtverhältnisse hingewiesen und unterstellt die Viltatur des Proletariats angekündigt wurde, wenn die Nationalversammlung der Sozialisierung weitere Schwierigkeiten bereiten sollte. Wer die gespannte Situation in Wien kennt, hat diese Drohung nicht leicht genommen. Tatsächlich haben die bürgerlichen Parteien sofort dagegen Protest eingelegt und die christlichsozialen Agrarier die eine Drohung mit der anderen der Loslösung der Provinzen von der Hauptstadt, also der Sprengung des deutsch-österreichischen Staates beantwortet. Daß inzwischen die Räteherrschaft in Budapest und München ihr Ende gefunden hat, erleichtert den mehr geschobenen als schiebenden sozialdemokratischen Führern ein Kompromiß, aber der Zwischenfall hat besonders drastisch die ganz unmögliche Struktur des deutsch-österreichischen Staates enthüllt, in dem die radikale Zweimillionenstadt Wien in ständigem unvermitteltem Gegensatz zu einer weit überwiegenden konservativen Kleinbürgerlich-bäuerlichen Provinz steht, die kaum doppelt soviel Einwohner zählt als die Hauptstadt und diese in

manz vergesellschaftet werden. Ob die Schwereisenindustrie gleichfalls in die Sozialisierung einbezogen wird, ist noch nicht entschieden, doch scheinen die Arbeiterverhältnisse bei der Alpine Montan-Gesellschaft darauf zu drängen. Gemeinwirtschaftlich wird jedenfalls der Ausbau der Wasserkraft organisiert werden, obwohl die Finanzierung in diesem Falle nicht geringe Schwierigkeiten bereitet. Schließlich studiert die Regierung die Zwangssozialisierung des Forstbestandes. Für die weiter verarbeitende Industrie bereitet die Regierung die generelle Zwangssozialisierung vor. Die Aufgaben dieser Syndikate, die ungefähr nach dem Muster der Wirtschaftverbände aufzubauen wären, bestanden hauptsächlich in der Rohstoffbeschaffung und Aufbereitung, daneben aber in der technischen Ausgestaltung der Industrie im Sinne einer Spezialisierung, Typisierung und Normalisierung — das alles unter ausschlaggebendem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, die in der Leitung der Zwangssozialisation zusammen mit den Vertretern des Staates eine maßgebende Rolle spielen werden.

Wie weit die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten auf diesem Wege Gefolgschaft leisten, hängt wohl von der weiteren Gestaltung der politischen Verhältnisse ab. Die verständigen Führer der Sozialdemokraten sehen wohl ein, daß sich die soziale Revolution Europas nicht gerade in Deutsch-Oesterreich zu Ende führen läßt, daß man hier nicht weiter gehen kann als vor allem in Deutschland. Aber die Massen drängen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei läßt sich vorläufig nur um den Preis ihrer Radikalisierung aufrechterhalten. So sucht man Zeit zu gewinnen, bis bessere Rohstoff- und Kohlenversorgung das Meer der Arbeitslosen vermindert und der vollzogene Anschluß an Deutschland die deutsch-österreichische Regierung der Entscheidung über Art und Maß der Sozialisierung überhebt. Wie aber unter diesen Umständen, da dem Wiener Radikalismus keinerlei Gegengewicht in einer organisierten staatlichen Macht geboten werden kann, ein deutsch-österreichischer Staat außerhalb des Reiches möglich sein soll, ist eine Frage, auf die auch die überzeugtesten Anhänger eines „bepfänderten“ und selbständigen „neutralisierten“ Deutsch-Oesterreichs keine Antwort wissen. Sollten die konservativen Kreise, die heute gegen den Anschluß arbeiten, mit ihrer Politik durchdringen, dann werden sie wohl die ersten sein, die unter dem Schutzmantel des unhaltbaren deutsch-österreichischen Staates verschüttet werden.